



**004-1/1/2021/GR**

## **Niederschrift**

über die Sitzung des **Gemeinderates** am

**Donnerstag, 18. Februar 2021, um 18:00 Uhr,**

im Turnsaal der Volksschule Maria Saal, Ratzendorfer Straße 2, 9063 Maria Saal

### **I. Öffentlicher Teil:**

Fragestunde

#### TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Bestellung von Protokollfertignern
3. Bericht des Bürgermeisters, diverse Beschlüsse
  - a) Projektentwicklung Kinderbetreuungseinrichtungen
  - b) Bericht: Gemeindepaket der Bundesregierung
4. Angelegenheiten des Ausschusses für die Kontrolle der Gebarung
5. Bericht des Finanzreferenten, diverse Beschlüsse
  - a) Diverse Finanzierungspläne
  - b) Ausschreibung Darlehen ABA BA 22
  - c) Dringlichkeitsantrag der SPÖ Maria Saal: Erstellung einer Resolution an die Bundesregierung „Finanzielle Unterstützung der Gemeinden und der Städte durch den Bund!“
  - d) Dringlichkeitsantrag der FPÖ Maria Saal: Resolution an die Kärntner Landesregierung: Corona Krise – Dramatische finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden abfedern
6. Bericht des Referenten für Angelegenheiten der Straße, Bau-, Wohn- und Siedlungswesen, Wasser, Abwasserbeseitigungs- und Kanalangelegenheiten, diverse Beschlüsse
  - a) Bauprojekt IB Herbert Michl
  - b) Nutzung der Grundstücke Parz.Nr. 1257/75 und 1257/20 zT., KG Maria Saal, öffentliches Gut der Marktgemeinde Maria Saal, Herr Gerhard Jurscha, Zeller Straße 5, 9063 Maria Saal, Vereinbarung

7. Bericht der Referenten für Angelegenheiten der Familie, Kindergarten, Schule, Hort, Soziales, Gesundheit und Jugend, Sport, Integration, Kultur und Tourismus, diverse Beschlüsse
- a) Aufnahmekriterien Kindergarten Maria Saal
  - b) Volksschule Maria Saal – Zubau
  - c) Tarifierungsanpassung Kindertagesstätte Maria Saal
  - d) Tarifierungsanpassung Kindergarten Maria Saal

## **II. Nicht öffentlicher Teil:**

### Anwesend:

1. Bgm. MMSt. Anton Schmidt – im Hause;
2. 1. Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig
3. GR Kurt Vintler
4. GR Mag. Ernst Ruhdorfer
5. GR Thomas Jordan
6. GR<sup>in</sup> Erika Tolazzi, **entschuldigt, Ersatz:** EGR<sup>in</sup> Tanja Koberer
7. GR Michael Schmid
8. GR Ing. Paul Knafl
9. GR Anton Pototschnig
  
10. 2. Vzbgm. Peter Pucker
11. GV Mag. Hans Jörg Zwischenberger
12. GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Bronwen Arbeiter-Weyrer Bakk.
13. GR Ing. Karsten Steiner
14. GR Mag. Stefan Wakonig
15. GR<sup>in</sup> Mst<sup>in</sup> Herta Gross
16. GR Erich Stark
  
17. GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag
18. GR<sup>in</sup> Ruth Andrea Gerl MSc MEd
19. GR Mag. Johann Jordan
20. GR Ing. Ernst Mülneritsch **entschuldigt, Ersatz:** EGR<sup>in</sup> Renate Gaggl
  
21. GV Josef Krammer
22. GR DI Dieter Fleißner
23. GR Eduard Ruckhofer

Schriftführer: Niederschrift und Reinschrift: Lisa Meisterl, BA

Für den Inhalt verantwortlich

AL Walter Zettinig, gem. § 45 Abs. 1, K-AGO i.d.g.F.

Hinweis: Diese Niederschrift enthält zu den einzelnen Tagesordnungspunkten die gestellten Anträge, die Abstimmungsergebnisse und die zur Beschlussfassung wesentlichen, dem Sinne nach wiedergegebenen Diskussionsbeiträge bzw. wörtlich geforderten Zitierungen.

## **I. Öffentlicher Teil:**

### **Fragestunde:**

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

### **1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Bürgermeister MMSt. Anton Schmidt begrüßt die erschienenen Gemeinderatsmitglieder, den AL Walter Zettinig, die FV<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Sarah Jannach, die Schriftführerin Lisa Meisterl BA, sowie die Zuhörer und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **2. Bestellung von Protokollfertigern**

Zu Protokollfertigern gem. § 45 Abs. 4 K-AGO werden GR Jordan Thomas und der GR Eduard Ruckhofer vom Bürgermeister bestellt.

#### **1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 7.c) Tarifierpassung Kindertagesstätte Maria Saal von der Tagesordnung zu nehmen.**

**Einstimmiger Beschluss**

#### **1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 7.d) Tarifierpassung Kindergarten Maria Saal von der Tagesordnung zu nehmen.**

**Einstimmiger Beschluss**

#### **2.Vzbgm. Peter Pucker stellt den Antrag zur Geschäftsbehandlung gemäß § 41 der K-AGO i.d.g.F. den Tagesordnungspunkt 6.b) Nutzung der Grundstücke Parz.Nr. 1257/75 und 1257/20 zT., KG Maria Saal, öffentliches Gut der Marktgemeinde Maria Saal, Herr Gerhard Jurscha, Zeller Straße 5, 9063 Maria Saal, Vereinbarung von der Tagesordnung zu nehmen.**

**Einstimmiger Beschluss**

### **3. Bericht des Bürgermeisters, diverse Beschlüsse**

Im Zuge des Wahlkampfes passieren immer wieder Ausrutscher, oftmals aber auch welche die ehrenrührig sind. Das geht an die FPÖ und ihre Aussendung über die Beschäftigung des Herrn Obersteiners, die sehr mies behandelt wurde. Das ist weder im Leben noch im Wahlkampf die richtige Art und Weise wie man sich begegnet. Die FPÖ war zu jeder Zeit in die Beschäftigung eingebunden und es gibt nichts in was man nicht Einsicht nehmen hätte können. Auch im Zuge des Kontrollausschusses wurde die Thematik behandelt. Alle Corona-Maßnahmen konnten mit seiner Hilfe gut umgesetzt werden. Und wenn Zusatzstunden bzw. Zusatzleistungen erbracht wurden, so war das in meiner Kompetenz bzw. in jener des Amtsleiters. Ich finde nicht richtig was in dieser Aussendung gesagt wurde und ersuche das so zur Kenntnis zu nehmen.

## **a) Projektentwicklung Kinderbetreuungseinrichtungen**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurde Frau Mag. Elisabeth Sickl vom Hilfswerk Kärnten eingeladen.

**Mag. Elisabeth Sickl:** Es gab bereits im Herbst 2020 mit meiner Karenzvertretung Frau Mag. Brkic-Elezovic Gespräche, da sich bereits ein vermehrter Betreuungsbedarf in der elementarpädagogischen Kinderbetreuung abzeichnete.

Frau Mag. Sickl erläutert dem Gemeinderat die vorliegenden Unterlagen. *(Beilage 2)*

**GR Mag. Ernst Ruhdorfer:** Gibt es Zahlen? Trends für die Geburtenraten?

**Mag. Elisabeth Sickl:** Die Geburtenrate ist konstant. Jedoch ist Maria Saal ein attraktiver Zuzugsort. Ebenso ändern sich die familiären Rahmenbedingungen - Frauen gehen schneller wieder arbeiten und auch die Vollzeitbeschäftigungen vermehren sich. Unter anderem daraus ergibt sich der erhöhte Bedarf.

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Der Bedarf wird kontinuierlich steigen. Natürlich müssen wir hier vorrausschauend handeln, um dem Bedarf gerecht zu werden.

*Der Gemeinderat hat keine weiteren Fragen an Frau Mag. Elisabeth Sickl und bedankt sich für die bereitgestellten Informationen.*

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Die Angelegenheit wird vom neu gewählten Gemeinderat weiter behandelt.

## **b) Bericht: Gemeindepaket der Bundesregierung**

Der Bürgermeister teilt mit, dass mit Schreiben des Finanzministers Mag. Gernot Blüml, MBA, mitgeteilt wird, dass mit dem zweiten Gemeindepaket der Bundesregierung im Jahr 2021 zusätzliche 1,5 Milliarden Euro bereitstehen, um die Liquidität der Gemeinden und ihre Investitionskraft zu unterstützen. Die Marktgemeinde Maria Saal erhält aus diesem Paket EUR 559.000,00.

## **4. Angelegenheiten des Ausschusses für die Kontrolle der Gebarung**

**AO GR DI Dieter Fleißner:** Die letzte Sitzung fand am 21.01.2021 statt. Hier wurden unter anderem die Punkte Kosten für WC Reinigungen, eine Belegprüfung, Treibstoffabrechnungen aus des Jahr 2020, der aktuelle Stand und die Entwicklung der Gemeindefinanzen sowie der Verlauf der noch offenen Forderungen kontrolliert. Der Hauptpunkt war jedoch die Überprüfung des Projektes SK Maria Saal. Bereits in der Sitzung vom 17.12.2020 wurde dieses Thema bearbeitet, jedoch waren zu diesem Zeitpunkt nicht alle Beteiligten vor Ort. Deshalb blieben viele Fragen offen. In der letzten Sitzung waren nun alle Beteiligten anwesend und diese Fragen konnten geklärt werden. In Summe waren EUR 421.000,00 geplant und die Endabrechnung ergab EUR 422.000,00. Bei der Detailüberprüfung des externen SV Baumeister Ing. Rapatz wurde eine Vergleichsrechnung erstellt. Durch die Zusammenarbeit des Projektanten und des SV konnten alle offenen Fragen geklärt werden. Somit ist die Prüfung nun abgeschlossen.

Insgesamt beliefen sich die Kosten für diesen externen SV etwas über EUR 15.000,00. Gelder, die meiner Meinung nach anders verwendet hätten werden können. Nachdem das die letzte Sitzung in dieser Periode ist, möchte ich mich bei allen Beteiligten des Kontrollausschusses für die gute Zusammenarbeit und die tatkräftige Mitarbeit bedanken.

## **5. Bericht des Finanzreferenten, diverse Beschlüsse**

### **a) Diverse Finanzierungspläne**

Von der Finanzabteilung wurde sowohl der Finanzierungsplan für das Projekt „Straße St. Michael/Zollfeld“ als auch das Projekt „ABA BA 22- Aufschließungen“ ausgearbeitet.

#### **Entwurf Finanzierungsplan Straßenprojekt St. Michael/Zollfeld:**

Von Seiten des Amtes wurden für das Finanzierungsprojekt alle erforderlichen Anträge/Ansuchen für das Regionalfondsdarlehen, die KIP 2020 Förderung und die Förderung für das 2. Kärntner Gemeindehilfspaket gestellt. Das Regionalfondsdarlehen wäre auf 8 Jahre zurückzuzahlen, wobei die ersten zwei Jahre über das Rücklagensparbuch zu tilgen sind. Es gibt von allen Förderstellen noch keine Rückmeldung und noch keine Genehmigung der Gemeindeaufsichtsbehörde (*siehe Beilage 1*).

Die FV<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Sarah Jannach erläutert dem Gemeinderat den vorliegenden Finanzierungsplan.

Festgehalten wird, dass eine Genehmigung durch die Abt. 3/AKL nur erteilt werden kann, wenn alle Bedeckungsmittel (inkl. Refinanzierung) zugesichert sind und dafür auch Nachweise vorgelegt werden.

**GR DI Dieter Fleißner:** Wir haben jetzt den Entwurf eines Finanzierungsplanes in Händen – das ist aus meiner Sicht eine Absichtserklärung aber nicht mehr, nachdem bis dato von der Aufsichtsbehörde (Abt. 3/AKL) keine Zusage vorliegt. Der Gemeinderat hat 2014 einen Beschluss für die Sanierung der Straße in St. Michael/Zollfeld einstimmig beschlossen und zwar dass beide Straßenstücke gemacht werden und jetzt sechs Jahre später ist die Straße noch immer nicht gerichtet (wir haben zahlreiche Anträge dafür gestellt) – leider steht aktuell noch immer keine Finanzierung, das ist schon irgendwie bezeichnend. Ich bin selbstverständlich dafür, dass die Straße gerichtet wird.

**1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig:** Im Jahr 2014 hat es eine Absichtserklärung gegeben. Durch die letzte Anfrage der SPÖ Maria Saal habe ich konkret erläutert wie die KIP Mittel verwendet werden, wo wir noch die Zusage der Bundesagentur abwarten müssen. Die Rücklagen, die wir gebildet haben, werden für dieses Projekt aufgelöst.

**GV Josef Krammer:** Über wie viele Gemeinderatsperioden dieses Projekt bereits getrieben wird. Vom Frühjahr weg bis jetzt ist wirklich viel Zeit vergangen, dass das jetzt noch immer nicht umgesetzt wurde. Heute gibt es wieder nur einen Entwurf. Und weiters, zu der Thematik Ortschaft Straßensanierung Dellach-Stegendorf – ich sehe davon schon wieder nichts. Wurde darauf vergessen?

**GR Ing. Karsten Steiner:** Ich verweise auf das Protokoll der Weihnachtsgemeinderatssitzung, in der versichert wurde, dass die Finanzierung für St. Michael/Zollfeld steht. Wir haben gemeinsam entschieden, dass für St. Michael das Projekt Karnburg-Dellach mitfinanziert wird. Hierbei handelt es sich dann um EUR 600.000, nicht wie hier angegeben um EUR 500.000.

**1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig:** Wir gehen davon aus, dass es ein Regionalfondsdarlehen geben wird, welches rückzahlbar ist. Jeder hat den Rechnungsabschluss sowie das Budget bekommen und wenn man sich den ansieht, wird man sehen was Sache ist.

**GV Josef Krammer:** Wir Freiheitliche werden dem Entwurf für den Finanzierungsplan für das Straßenprojekt in St. Michael/Zollfeld selbstverständlich zustimmen. Ich möchte aber extra darauf hinweisen, dass es sich lediglich um einen Entwurf handelt, den uns Finanzreferent Klaus Poscharnig hier vorgelegt hat. Seit Jahren wird die Ortschaft St. Michael in unserer Gemeinde stiefmütterlich behandelt. Trotz äußerst desolater Straßenverhältnisse und vieler Versprechen von den politischen Verantwortlichen, hier Abhilfe zu schaffen, wurde die Bevölkerung ständig getröstet. Es wurde viel versprochen, aber im Grunde sind wir am heutigen Tag noch immer bei null. Fast ein Jahr hätte der Finanzreferent Zeit gehabt, sich um einen ordentlichen Finanzierungsplan zu kümmern. Da haben die Vermessungen begonnen. Uns wurde bis zuletzt vorgegaukelt, dass alles auf Schiene sei und die Finanzierung stehe. Doch bis heute haben wir bis auf eine Absichtserklärung nicht in der Hand. Es gibt immer noch keine Zusage des Landes Kärnten für den Finanzierungsplan. Und solange diese Zusage nicht da ist, kann mit dem Projekt nicht gestartet werden. Es ist zu befürchten, dass der heutige Beschluss nur ein Versuch ist, die Entscheidung über die Gemeinderatswahl hinauszuzögern. Wir Freiheitlichen haben uns immer für das Straßenprojekt eingesetzt und auf die Dringlichkeit hingewiesen. Daher unsere Zustimmung, auch wenn die Vorgangsweise des Finanzreferenten alles andere als korrekt ist.

**GR Ing. Karsten Steiner:** Uns liegt ein Entwurf vor. Wie finde ich die Rücklagen in der Höhe von EUR 100.000,00?

**FV<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Sarah Jannach:** Das Regionalfondsdarlehen soll die ersten Jahre über das Sparbuch getilgt werden.

**GV Josef Krammer:** Wird das Sparbuch mit den EUR 100.000,00 für etwas anderes verbraucht, wenn es kein OK gibt?

**1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig:** Nein, das Sparbuch ist für St. Michael/Zollfeld reserviert.

#### **Antrag des 1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge den vorliegenden Finanzierungsplan Straßenprojekt St. Michael/Zollfeld, vorbehaltlich der Genehmigung der Abt. 3/Amt der Kärntner Landesregierung, beschließen.**

**Einstimmiger Beschluss**

### **Entwurf Finanzierungsplan ABA BA 22- Aufschließungen:**

Für diesen Finanzierungsplan wäre die Aufnahme eines Darlehens vorgesehen. Ein solches Darlehen ist aufsichtsbehördlich zu genehmigen. Für diesen Finanzierungsplan ist noch keine aufsichtsbehördliche Genehmigung vorhanden. Das dafür notwendige Darlehen folgt im nächsten Tagesordnungspunkt.

### **b) Ausschreibung Darlehen ABA BA 22**

Mit der Ausschreibung für ein Darlehen für das Projekt ABA Maria Saal BA 22 in der Höhe von EUR 62.000,00 wurden die Finanzdienstleister beauftragt. Als Bestbieter in der Variante variable Verzinsung geht die Austrian Anadi Bank AG (3 oder 6 Monats Euribor zzgl. 0,49% Aufschlag, Basis 0) hervor. Als Bestbieter in der Variante fixe Verzinsung geht die BKS Bank AG (10 Jahre 0,69%, danach 6 Monats Euribor, Basis 0, zzgl. 0,59% Aufschlag) hervor.

### **Antrag des 1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge zustimmen, dass die Austrian Anadi Bank AG, mit ihrem Angebot der variablen Verzinsung, den Zuschlag für das Darlehen für das Projekt ABA Maria Saal BA 22 erhält.**

**Einstimmiger Beschluss**

### **c) Dringlichkeitsantrag der SPÖ Maria Saal: Erstellung einer Resolution an die Bundesregierung „Finanzielle Unterstützung der Gemeinden und der Städte durch den Bund!“**

#### **Antrag: Erstellung einer Resolution an die Bundesregierung „Finanzielle Unterstützung der Gemeinden und der Städte durch den Bund!“**

**Hintergrund:** Österreichs Gemeinden und Städte sorgen gerade in der momentanen Krisensituation dafür, dass die wichtigen Leistungen der Daseinsvorsorge für Ihre Bürgerinnen und Bürger verlässlich erbracht werden. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Müllabfuhr, Kanalisation, Verkehr, wie auch soziale Dienste, Pflege und Gesundheit im Allgemeinen und Bildung funktionieren auch in dieser schweren Zeit und vermitteln den Menschen ein Gefühl der Sicherheit und des Vertrauens. Nicht umsonst schätzen 90% der Bürgerinnen und Bürger die kommunale Grundversorgung und 80% von Ihnen wollen, dass sie auch in öffentlicher Hand bleiben. Das im Juni beschlossene kommunale Investitionsprogramm des Bundes („Gemeindemilliarde“) hat die finanziell angespannte Lage zwar verbessert, jedoch wurde darin ein Spielraum für Investitionen vorausgesetzt, der durch die Deckung der laufenden Kosten von den Gemeinden und Städten vielfach nicht ausgereichend genutzt werden konnte. Am letzten Wochenende kam wie quasi wie ein Weihnachtsgeschenk für die Kommunen aus dem Bund eine Aufstockung des so wichtigen und notwendigen Hilfspaketes um weitere 1,5 Mrd. Euro dazu. Im Gegensatz zu privaten Unternehmen ist man von vielen Hilfsprogrammen des Bundes wie Kurzarbeit oder Fahrkostenzuschuss ausgeschlossen, was sich besonders negativ auswirkt, wenn kommunale Unternehmen am freien Markt in Konkurrenz zu Privaten stehen. Der Einbruch der Kommunalsteuer und die verringerten Ertragsanteile verschärfen die Lage zusehends. Damit diese kommunale Daseinsvorsorge auch weiterhin

das uneingeschränkte Vertrauen der Bevölkerung genießt und das Rückgrat für einen von Unsicherheit geprägten Alltag bildet, braucht es Unterstützungsleistungen durch den Bund. Deshalb fordern wir – wie schon mehrere Gemeinden in unserem Land Kärnten von der Österreichischen Bundesregierung:

1. Den 100%igen Ersatz des Einnahmeverlustes der Gemeinden und Städte durch die Corona-Krise seitens des Bundes und das auch über das Jahr 2020 hinausragend.
2. Eine zeitnahe Einberufung eines Kommunalgipfels
3. Zusätzliche Mittel für Investitionen, die direkt in die Daseinsvorsorge, sowie in die lokale und regionale Wirtschaft fließen
4. Miteinbeziehung der Kommunen bei der Verteilung der Mittel aus dem Europäischen Aufbauplan. Österreich wird zwischen 2 und 3 Mrd. Euro aus diesem Aufbauplan erhalten, die für Investitionen zur Verfügung stehen.
5. Ernsthafte Gespräche über einen Zugang der Gemeinden und Städte zur Österreichischen Bundesfinanzierungs-Agentur (ÖBFA), um sich auch zu Negativzinsen bzw. generell zu günstigen Konditionen zu refinanzieren.
6. Einbeziehung auch von Gemeinde, Städten und Kommunalen Unternehmen in die Hilfsprogramme des Bundes. Gemeinden, Städte und kommunalen Betrieben bleibt der Zugang zur Kurzarbeit sowie zum Fixkostenzuschuss beispielsweise bislang verwehrt.

Der Gemeinderat möge beraten wie mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag umgegangen wird.

#### **Antrag des 1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge eine Resolution an die österreichische Bundesregierung verfassen, die eine finanzielle Unterstützung der Gemeinden und der Städte durch den Bund fordert.**

**Einstimmiger Beschluss**

#### **d) Dringlichkeitsantrag der FPÖ Maria Saal: Resolution an die Kärntner Landesregierung: Corona Krise – Dramatische finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden abfedern**

#### **Resolution an die Kärntner Landesregierung: Corona-Krise“ – Dramatische finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden abfedern**

Die Corona-Krise hat Kärntens Gemeinden finanziell mit voller Wucht getroffen. Die Gemeinden sind zum einen mit sinkenden Ertragsanteilen und Einnahmen (insbesondere bei der Kommunalsteuer) konfrontiert. Zum anderen steigen die Ausgaben für den Gesundheits- und Sozialbereich (Mindestsicherung, Kinderbetreuung) stark an. An den Auswirkungen der Corona-Pandemie werden die Gemeinde und Städte noch Jahre lang zu leiden haben. Es gibt in Kärnten einige Kommunen, die nicht mal mehr ihre laufenden Kosten finanzieren können und es nicht schaffen werden, für das kommende Jahr ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Es droht eine Verschuldungswelle bei den Gemeinden. Das wiederum hat direkte Auswirkungen auf jeden einzelnen Bürger. Denn wenn den Gemeinden das Geld ausgeht, dann können weder Kindergärten, Schulen, Gemeindestraßen noch sonstige infrastrukturelle Einrichtungen gebaut werden. Es wird weniger Unterstützung für die Feuerwehren, die Vereine und die örtlichen Kulturträger geben. Die finanziellen Herausforderungen werden die Gemeinden nicht ohne externe Hilfe bewältigen können. Städtebund und Gemeindebund fordern daher schon seit Wochen Hilfspakete, um die Liquidität der Kommunen zu sichern und die laufenden

Ausgaben zu decken. Zwar haben Bund und Land Kärnten bereits Hilfspakete für die Gemeinden geschnürt. Diese Gelder sind allerdings ausschließlich für die Finanzierung von Projekten vorgesehen, wobei die Gemeinden dabei einen Eigenanteil kofinanzieren müssen (Bund 50%, Land 30%, Gemeinde 20%). So sinnvoll diese Maßnahmen zu Stärkung der heimischen Wirtschaft und des regionalen Arbeitsmarktes auch sind, so lösen sie doch nicht die Probleme jener Gemeinden, die aufgrund der aktuellen finanziellen Schwierigkeiten nicht einmal mehr mit eigenen Mittel ausgeglichen bilanzieren können. Diese Gemeinden sind weit davon entfernt, Investitionen zu tätigen, sondern brauchen Zuschüsse zu den laufenden Kosten (wie z.B. für die Zahlung der Löhne der Gemeindemitarbeiter oder für den Erhalt der Infrastruktur).

### **Antrag: „Corona-Krise“ – Dramatische finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden abfedern**

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, für folgende Punkte Sorge zu tragen:

- ↳ Das Land Kärnten soll bei bestehenden Hilfen des Landes (2. Kärntner Gemeindehilfspaket) die Kriterien lockern und die Gelder direkt an die Gemeinden zur Verwendung in deren Budgets auszahlen.
- ↳ Das Land Kärnten soll in Verhandlungen mit der Bundesregierung erwirken, dass ein zweites Gemeinde-Hilfspaket auf Bundesebene geschnürt wird. Mit einem eigenen Fonds sollen die enormen Einnahmehausfälle der Gemeinden (Ertragsanteile, Kommunalsteuer) ausgeglichen werden, wobei dieser Fonds mit mindestens zwei Milliarden Euro befüllt werden soll, die direkt und nicht rückzahlbar an die Gemeinden ausbezahlt werden.

Die Absicherung dieser Grundversorgung unserer Bürger in den jeweiligen Gemeinden muss dem Bund und dem Land Kärnten in solchen Krisenzeiten eine massive finanzielle und nicht rückzahlbare Unterstützung wert sein.

Der Gemeinderat möge beraten wie mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag umgegangen wird.

**GV Josef Krammer:** Der Dringlichkeitsantrag ist natürlich abzuschicken. In der letzten Sitzung wurden beide Dringlichkeitsanträge von Grün und Schwarz abgelehnt. Und heute wurde einer bereits beschlossen und der zweite wohl auch. Das soll einer verstehen.

**GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag:** Du hast Recht - es wird einstimmig. Wir haben den Antrag damals abgelehnt, weil es eben nicht dringend war. Wenn einem nichts anderes einfällt außer Staat gib mir mehr Geld anstatt Spargedanken, Effizienzsteigerung, etc. das spricht das schon vor sich. Und wenn ich noch allgemein etwas anmerken darf: eine Sitzung zehn Tage vor der Wahl, lieber nächster Gemeinderat, verzichte darauf – die Qualität der Wortmeldungen lässt derart zu Wünschen übrig.

### **Antrag des 1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge eine Resolution an die Kärntner Landesregierung verfassen, die fordert, dass die dramatische finanzielle Situation der Kärntner Gemeinden abgedeckt werden soll.**

**Einstimmiger Beschluss**

## **6. Bericht des Referenten für Angelegenheiten der Straße, Bau-, Wohn- und Siedlungswesen, Wasser, Abwasserbeseitigungs- und Kanalangelegenheiten, diverse Beschlüsse**

### **a) Bauprojekt IB Herbert Michl**

Wie bereits in der letzten GV-Sitzung vom Bürgermeister MMSt. Anton Schmidt berichtet, plant Herr Ing. Michl die Errichtung eines Büro am Areal gegenüber des APSZ Maria Saal. Die Einreichunterlagen wurden durch den SV Ing. Josef Liendl vorgeprüft und einer Bewilligung steht nichts entgegen. Für die Baubewilligung benötigt Herr Ing. Michl eine Zustimmung des Gemeinderates, da sich die Parzelle 1931/5, KG Maria Saal, im Eigentum der Marktgemeinde Maria Saal befindet.

An dieser Stelle wird festgehalten, dass das vertragliche Beiwerk in weiterer Folge geklärt wird, jedoch muss der Gemeinderat vorerst grundsätzlich der Errichtung zustimmen.

**GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag:** Grundsätzlich kann man dagegen wenig einwenden. Jedoch bin ich es aus der Privatwirtschaft nicht gewohnt in etwas einzuwilligen, ohne Details zu wissen. Wir wissen nicht ob es ein Baurecht oder ein Superädifikat ist, was zu zahlen ist, usw. Das ist nicht die richtige Vorgehensweise.

**2.Vzbgm. Peter Pucker:** Darüber wurde bereits in der Sitzung des Gemeindevorstandes diskutiert. Wir brauchen prinzipiell die Zustimmung. Stimmt der Gemeinderat nicht zu, so brauchen wir auch keine weiteren Verträge.

**GV Josef Krammer:** Heute dreht es sich nur um die Einwilligung.

**GR<sup>in</sup> Ruth Andrea Gerl MSc MEd:** Hat man sich Leerstände angeschaut? Wenn er mit mehreren Firmen kommt, wird er wohl mehr Platz brauchen als einen Container?

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Das ist Sache des Herrn Michl, er wird wohl wissen, wie viel Platz er braucht.

**GR<sup>in</sup> Renate Gaggl:** Die Frage war ja, ob es schon ein vorhandenes Haus für ihn frei wäre?

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Wie gesagt, er wird selbst am besten wissen. Und mit dem Container wäre er mobil.

**GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag:** Wir haben kein Interesse daran, dass Herr Michl weggeht. Wir haben aber auch kein Interesse daran uns erpressen zu lassen. Wieso kann Herr Michl nicht mit einem ordentlichen Vertrag kommen? Da ist eine gewisse Säumigkeit des Herrn Michl auch da. Die Voraussetzungen müssen stimmen.

**GR Ing. Karsten Steiner:** Ich glaube es ist positiv, wenn wir Firmen nach Maria Saal bekommen. Wir haben schon einige Ideen gehabt, wie wir die Fläche nutzen hätten können. Wenn Herr Michl etwas Temporäres bauen will, dann finde ich, dass man ihm die Chance geben muss. Er soll planen können und dann kommt der Vertrag, den es zu beraten und zu beschließen gilt.

**1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig:** Eine Anregung – es wäre eigentlich genug Zeit gewesen, dass sich damit ein Ausschuss beschäftigen hätte können. Der Ausschuss hätte eine Meinungsbildung machen können.

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Ich wüsste nicht was eine Bauangelegenheit in einem Ausschuss zu suchen hat.

**GV Josef Kramer:** Wir haben es im Gemeindevorstand vorberaten und darüber gesprochen. Dort haben wir auch einen einstimmigen Beschluss gefasst, dass wir es wollen. Die Bedenken von Heiner – ich glaube, dass Herr Michl gleichbehandelt wird, wie jeder andere Bürger, der etwas bei uns bauen möchte.

**GR<sup>in</sup> Renate Gaggl:** Mir kommt oft vor wir reden nicht alle die gleiche Sprache. Wir haben nie behauptet, dass wir nicht wollen, dass Herr Michl hier baut. Ganz im Gegenteil. Uns war einfach die Vorgehensweise nicht klar bzw. unser Vorschlag, dass man es auch anders machen hätte können.

**2.Vzbgm Peter Pucker:** Damit Klarheit herrscht, müssen wir halt den Antrag dementsprechend ergänzen.

#### **Antrag des Referenten 2.Vzbgm. Peter Pucker an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge dem Ingenieurbüro Herbert Michl, Maria Saaler Berg Weg 15, 9063 Maria Saal, die Zustimmung für die Bauausführung gemäß Einreichplan vom 20.01.2021 für die „Errichtung eines Bürogebäudes mittels Containeranlage samt Überdachung“ auf der Parzelle 1931/5, KG Maria Saal, vorbehaltlich eines positiven Vertragsabschlusses, grundsätzlich erteilen.**

**Einstimmig Beschluss**

**b) Nutzung der Grundstücke Parz.Nr. 1257/75 und 1257/20 zT., KG Maria Saal, öffentliches Gut der Marktgemeinde Maria Saal, Herr Gerhard Jurscha, Zeller Straße 5, 9063 Maria Saal, Vereinbarung**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

#### **7. Bericht der Referenten für Angelegenheiten der Familie, Kindergarten, Schule, Hort, Soziales, Gesundheit und Jugend, Sport, Integration, Kultur und Tourismus, diverse Beschlüsse**

##### **a) Aufnahmekriterien Kindergarten Maria Saal**

Im Familienausschuss am 09.06.2020 wurde über die Änderung der Aufnahmekriterien Kindergarten beraten und folgende Reihenfolge festgelegt:

1. Wohnort (Hauptwohnsitz Maria Saal)
2. Bereits betreute Geschwister
3. Berufstätigkeit/Arbeitsplatz der Eltern (Bestätigung des Dienstgebers)

4. Ganztagesplatz
5. Anmeldedatum
6. Alter der Kinder
7. KITA Kinder

Für das Kindergartenjahr 2021/2022 wurden bereits 36 Anmeldungen, davon 31 aus Maria Saal (Stand 09.02.2021), für 25 Plätze abgegeben. Nach Rücksprache mit Frau Margarethe Rabitsch wurden erneute Verbesserungsvorschläge erarbeitet, um die Zuteilung der Plätze zu erleichtern. Dahingehend wird die verpflichtende Aufnahme von Kindern im letzten Kindergartenjahr in schriftlicher Form unter Punkt 2 aufgenommen. Des Weiteren soll Punkt 7 als Punkt 3 gereiht werden. Das Anmeldedatum als Kriterium soll wegfallen, da alle Anmeldungen bis zum 31.03. gesammelt und dann nach den Kriterien abgehandelt werden.

### **Antrag des Bürgermeisters MMSt. Anton Schmidt an den Gemeinderat:**

**Der Gemeinderat möge die Aufnahmekriterien im Kindergarten Maria Saal wie folgt ändern:**

- 1. Wohnort (Hauptwohnsitz Kind und eines Elternteils in Maria Saal)**
- 2. Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr**
- 3. KITA Kinder**
- 4. Bereits betreute Geschwister**
- 5. Berufstätigkeit/Arbeitsplatz der Eltern (Bestätigung des Dienstgebers)**
- 6. Ganztagesplatz**
- 7. Alter der Kinder**

**Nicht Maria Saaler Geschwisterkinder bekommen ab sofort vorerst nur befristet auf ein Jahr einen Kindergartenplatz. Aktuell betreute, auswärtige Kinder verlieren ihren Platz, wenn Maria Saaler Kinder einen Betreuungsplatz benötigen. Allen voran hat die Anmeldung bis spätestens 31.03. für das kommende Kindergartenjahr zu erfolgen.**

**Einstimmiger Beschluss**

### **b) Volksschule Maria Saal – Zubau**

In der Gemeindevorstandssitzung vom 09.02.2021 waren zu diesem Tagesordnungspunkt Herr SV. Ing. Josef Liendl, Frau Dir. Marina Slanic und die Kita-Leiterin Jutta Striednig eingeladen. Im Zuge der Sitzung erläuterte der SV Ing. Josef Liendl dem Gemeindevorstand die Planungsunterlagen. Jeder Gemeindevorstand erhielt ein Exemplar der Planungsunterlagen für die internen Beratungen.

Folgende Informationen wurden seitens Dir. Marina Slanic und Kitaleitung Jutta Striednig den Gemeindevorstandsmitgliedern mitgeteilt:

**Dir. Marina Slanic:** Als ich im Februar 2008 in die Schule kam, stand bereits im Jahr 2012 der Umbau an. Zur Zeit des Umbaus gab es noch den Hort, nun gibt es nur noch die GTS. Das größte Problem besteht in der Platzthematik. Wir haben aktuell 4 GTS Gruppen, aber leider nur 3 Gruppenräume zur Verfügung. Weiters festzuhalten ist, dass bei der

Qualitätsdatenbekanntgabe, welche der Schulaufsicht zu übermitteln ist, bereits zweimal angegeben werden musste, dass Verbesserungspotential in einem wesentlichen Bereich gegeben ist (Raumaufteilung) – hier könnte passieren, dass uns aufgrund dessen Förderungen verwehrt werden.

**Jutta Striednig:** In der Kita haben wir aktuell 30 Plätze frei. 14 Kinder bleiben, jedoch benötigen 29 Maria Saaler Kinder einen Kitaplatz. Fazit: ich habe 16 freie Plätze, bräuchte jedoch 29 freie Plätze.

Festzuhalten ist, dass das Projekt auf jeden Fall einen Finanzierungsplan und die Genehmigung der Abt. 3/Amt der Kärntner Landesregierung bedarf.

Eine Zwischenfinanzierung durch die BIG ist durch eine Haftungsübernahme seitens der Gemeinde grundsätzlich möglich.

Um den Bundeszweckzuschuss für Maßnahmen im Infrastrukturbereich in der Höhe von EUR 165.000,00 zu erhalten, muss die Endabrechnung bis spätestens Oktober 2022 erfolgen.

**FV<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Sarah Jannach:** Es gab bisher eine Kostenschätzung, für die ein Zuschuss angesucht wurde, dafür gibt es eine Zusage über max. EUR 165.000,00. Dazu liegt die Info vor, dass dieses Projekt förderwürdig wäre. Der zweite Teil der Gesamtkosten von ca. EUR 600.000,00 könnte eventuell über den Kärntner Schulbaufond finanziert werden. Auch dafür wurde bereits ein Ansuchen eingebracht, leider fehlt bis dato die Rückmeldung über die Höhe der Förderung (Richtlinien besagen max. 75% des Gesamtbaukosten). Eine Zwischenfinanzierung über die BIG wäre möglich.

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Herr Mag. Pobaschnig, Abt.3/Amt der Kärntner Landesregierung, war von Anfang an positiv gegenüber diesem Projekt gestimmt. Die Möglichkeiten der Finanzierung sind nun auch bekannt. Weiters sind auch die Fördermöglichkeiten dementsprechend hoch, grundsätzlich sind wir nahezu ausfinanziert.

**GR<sup>in</sup> Ruth Andrea Gerl MSc MEd:** Wieso geschieht das immer so übereilt? Wieso werden nicht andere Fraktionen miteinbezogen? Wieso gibt es keinen Architektenwettbewerb oder ähnliches?

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Weil ich das als Referent in Auftrag gegeben habe. Wir haben jetzt die Möglichkeit, dass wir zu Geld kommen.

**GV Mag. Heinz Christian Hammerschlag:** Wir haben doch irgendwann mal beschlossen, dass wir mehrere Angebote einholen. Wieso passiert das nicht? Vielleicht haben andere noch bessere Ideen, die vielleicht auch günstiger sind.

**Bgm. MMSt. Anton Schmidt:** Dieses Projekt wird der neu gewählte Gemeinderat in seiner nächsten Sitzung weiterbearbeiten und die erforderlichen Beschlüsse fassen.

### **c) Tarifierpassung Kindertagesstätte Maria Saal**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

### **d) Tarifierpassung Kindergarten Maria Saal**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

Selbstständiger Antrag laut § 41 Abs. 3 der K-AGO 1998 idgF von der ÖVP Maria Saal:

#### **Widmung einer temporären Sport und Freizeitanlage auf der Parzellen 1318/14 und 1318/18 beide KG Maria Saal im Landschaftsschutzgebiet Herzogstuhl.**

**Antrag:** Durch das geschaffene Retentionsbecken auf den Parzellen 1318/14 und 1318/18, beide KG Maria Saal, im Landschaftsschutzgebiet Herzogstuhl entsteht in niederschlagsreichen Jahren ein stehendes Gewässer. Im Winter friert dieses Gewässer zu und es bildet sich eine große Eisfläche. Erholungssuchende und Sportbegeisterte nutzen diese Gelegenheit, um dort Eis zu laufen. Damit diese Fläche auch im Winter im gesetzlichen Rahmen genutzt werden kann, ersucht die ÖVP Fraktion der Marktgemeinde Maria Saal den Gemeinderat diese Fläche als Sport und Freizeitfläche temporär in den Wintermonaten und nur unter der Bedingung, dass eine tragfähige Eisfläche entsteht, zu widmen. Mit dem Grundeigentümer ist der Kontakt aufzunehmen und das Einvernehmen herzustellen. Ein Plan im Maßstab 1:12880 liegt dem Antrag bei.

#### **Der Bürgermeister weist diesen Antrag dem Sportausschuss zu.**

2.Vzbgm. Peter Pucker bedankt sich im Namen der SPÖ Maria Saal beim Bürgermeister für die kooperative Zusammenarbeit in den letzten Jahren.

GV Josef Krammer bedankt sich im Namen seiner Fraktion ebenso. Natürlich gab es viele Diskussionen, doch nichts desto trotz bleiben wir Freunde.

1.Vzbgm. Ing. Klaus Poscharnig bedankt sich für die Zusammenarbeit und für die viele Arbeit in diversen Projekten, die du vorangetragen hast.

GV Mag. Hammerschlag bedankt sich ebenso und betont, dass trotz vieler Unstimmigkeiten, die Zusammenarbeit immer positiv verlief. Die vielen einstimmigen Beschlüsse haben wir auch Anton Schmidt zu verdanken.

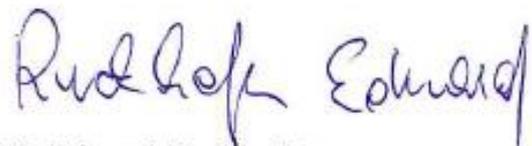
Bgm. Anton Schmidt bedankt sich für 18 Jahre in der Gemeindepolitik für die kooperative Zusammenarbeit, die ihm immer viel Freude bereitet hat. Nun ist es aber Zeit für junge Leute, die sich einbringen wollen. Was ganz wichtig ist. Schön, dass es auch im neuen Gemeinderat mit guten Ideen weitergehen wird. Ich wünsche dem neuen Gemeinderat alles Gute und dem neuen Bürgermeister viel Schaffenskraft. Danke auch dem AL Walter Zettinig, mit dem wir nach kleinen Anfangsschwierigkeiten immer gut zusammengearbeitet haben. Er bedankt sich auch bei den Mitarbeitern, die ihm viel an Organisation und Arbeit abnahmen.

Der Bürgermeister Anton Schmidt schließt die Sitzung um 20:05 Uhr.

1. Protokollfertiger:

  
GR Thomas Jordan

2. Protokollfertiger:

  
GR Eduard Ruckhofer

Die Schriftführerin:

  
Lisa Meisterl, BA

Der Bürgermeister:

  
MMSt. Anton Schmidt

